



---

---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

36. Sitzung (öffentlich)

13. Februar 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenografin: Heike Niemeyer

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Polizeiaktion gegen die verbotene Organisation „Hizb ut-Tahrir“</b>	<b>1</b>
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums	
<b>2 Polizeiwache Neuss (s. Anlage 1)</b>	<b>3</b>
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums	
- Diskussion	

**3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)** 6

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/3202 und 13/3299  
Vorlagen 13/1864 und 13/1889

Mit den Stimmen aller Fraktionen lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3202 ab und beschließt, dass das Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und das Landesaufnahmegesetz die aus der Gegenüberstellung in Vorlage 13/1889 ersichtliche Fassung erhalten soll. Als Berichterstatterin wird die Abgeordnete Monika Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt.

**4 Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen** 7

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3378

- Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen

Der Vorsitzende wird dem Medienausschuss vorschlagen, sein Votum am 14. März abzugeben, damit der Ausschuss für Innere Verwaltung am 27. März abschließend beraten und abstimmen kann.

**5 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW** 8  
**Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive (s. Anlage 2)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Vorlagen 13/875, 13/1044, 13/1208 und 13/1701  
Zuschriften 13/752, 13/766, 13/767, 13/1267, 13/1279, 13/1282 und 13/1295

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/3562 - Neudruck -

- Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion ab.

Mit demselben Stimmenverhältnis lehnt der Ausschuss anschließend auch den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion ab.

Zum Berichterstatter benennt der Ausschuss den Abgeordneten Hans Krings von der SPD-Fraktion.

**6 Bundeswehreinsätze im Innern** 12

- Stellungnahme des Innenministers
- Diskussion

\*\*\*\*\*



Ausschuss für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
36. Sitzung (öffentlich)

13.02.2003

ni-beh

**Karl Kress (CDU)** greift die doch erschreckende Zahl von 127 Selbstmorden in den letzten zwölf Jahren auf und bittet den Innenminister darzustellen, ob sich, und zwar nicht nur unter Einbeziehung der vollendeten, sondern auch der versuchten Suizide, vielleicht eine steigende Tendenz zeige, unter Umständen basierend auf dem subjektiven Gefühl der Überforderung bei den Beamtinnen und Beamten. - **Innenminister Dr. Fritz Behrens** verneint eine solche Tendenz eindeutig.

**StS Riotte (IM)** geht auf die bei Polizeibeamtinnen und -beamten im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen in erhöhtem Maße zu beobachtenden Selbsttötungen ein. Eine bereits vor mehr als fünf Jahren daraufhin durchgeführte Untersuchung habe als einzig und allein dafür ursächliche Tatsache die herausgefunden, dass sich Polizeibeamte und -beamtinnen im Gegensatz zu anderen, in einer ähnlichen Situation lebenden Menschen im Besitz einer Waffe befänden. In diesem Sinne beschäftige sich auch ein Aufsatz eines Mitglieds des Hauptpersonalrats der Polizei mit diesem Thema.

**Brigitte Herrmann (GRÜNE)** bestätigt diese Angaben des Staatssekretärs auf der Basis ihrer Recherchen bei Beratung über eine Verschärfung des Waffengesetzes: Bei Personen, die eine Waffe besäßen - dazu zählten berechnete wie etwa Jäger und Sportschützen ebenso wie illegale Waffenbesitzer -, liege die Selbstmordrate über dem Durchschnitt.

Nach den Worten von **Monika Düker (GRÜNE)** schlussfolgert die Vereinigung kritischer Polizisten aus der Selbstmordquote bei Polizeibeamtinnen und -beamten, diese die anderer, ähnlichen Belastungen ausgesetzter Gesellschafts- und Berufsgruppen übersteigende Zahl beruhte auf strukturellen Problemen innerhalb der Polizei wie "undurchlässige Hierarchie", "Mobbing" etc. - um die eingeleiteten Reformen in der Polizei nicht mit einem solchen Touch zu belasten, was kontraproduktiv wirke, empfehle sie, die vom Staatssekretär eben zitierten Materialien zu veröffentlichen.

**OStA Fritsche (JM)** teilt mit, mit dem Abschluss der Überprüfungen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf anhand des hier erwähnten Gutachtens rechne man in Kürze.

### **3 Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) und Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufnG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/3202 und 13/3299  
Vorlagen 13/1864 und 13/1889

**Vorsitzender Klaus Stallmann** verweist auf die Darstellung in Vorlage 13/1864, die eine weitere Lesung im Plenum erforderlich mache. Diese Vorlage enthalte Änderungsan-

Ausschuss für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
36. Sitzung (öffentlich)

13.02.2003

ni-beh

träge, die so allerdings nicht gestellt werden könnten, da sie sich nicht auf das vom Landtag beschlossene Gesetz, sondern auf die geltenden Fassungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und des Landesaufnahmegesetzes bezögen.

Wenn sich keine Notwendigkeit ergeben habe, in den genannten Gesetzen weitere Änderungen vorzunehmen außer den aus der der Vorlage anliegenden Synopse ersichtlichen, schlage er vor, diese Gesetzesfassungen zu beschließen, denn sie beinhalteten die erforderlichen Anpassungen an das Grundicherungsgesetz.

Mit den Stimmen aller Fraktionen lehnt der **Ausschuss** den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3202 ab und beschließt, dass das Gesetz über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge und das Landesaufnahmegesetz die aus der Gegenüberstellung in Vorlage 13/1889 ersichtliche Fassung erhalten soll. Als Berichterstatterin wird die Abgeordnete Monika Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannt.

#### **4 Gesetz zur Änderung des Landespressegesetzes NRW und des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3378

*(vom Plenum am 22. Januar 2003 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an den Medienausschuss zur Mitberatung überwiesen)*

**Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen, Bettina Sokol, berichtet:**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Erarbeitung des Gesetzentwurfes bin ich vom Innenministerium beteiligt worden und habe eine Änderung vorgeschlagen, die das Innenministerium jedoch nicht aufgegriffen hat. Ich würde diese Änderung aber zurückstellen, weil in allen anderen Ländern ähnliche Regelungen getroffen worden sind und man durchaus geteilter Auffassung darüber sein kann, wie die Europäische Richtlinie in Bezug auf das Medienprivileg am besten umgesetzt wird

Weitere durch den Gesetzentwurf initiierte Änderungen begrüße ich ausdrücklich, beispielsweise die Anpassung in der Amts- und Funktionsbezeichnung: Meine Dienststelle heißt in Zukunft: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Ein ganz wichtiger anderer Punkt: Bisher herrschte rechtliche Unklarheit darüber, wie bei der Verhängung von Bußgeldern im nichtöffentlichen Bereich zu verfahren sei. Meine Behörde wäre ein gewisses Risiko eingegangen, hätte sie dies auf der



Ref. I.2

Anlage 1 zu APr 13/795

Landtag Nordrhein-Westfalen

Klaus-Dieter Stallmann MdL

Vors. des Ausschusses für Innere Verwaltung  
und Verwaltungsstrukturreform

Landtag NRW Klaus-Dieter Stallmann, MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn Oberregierungsrat  
Wolfgang Fröhlecke  
Landtagsverwaltung NRW  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 - 2723  
Telefax (0211) 884 - 3386

e-mail klaus-dieter.stallmann@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Lünen  
Mauerstr. 95  
44532 Lünen  
Tel. 02306/1728/9  
Fax: 02306/25005

Lünen, 24.01.2003

Ausschuss-Sitzung am 13.02.2003

Lieber Wolfgang,

hierdurch bitte ich Dich folgenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung o.g. Sitzung zu setzen:

**Polizeiwache Neuss**

5 Selbstmorde in 10 Jahren

WDR-Bericht vom Donnerstag, dem 23.01.2003, um 22.00 Uhr

angeblicher Selbstmord der Beamtin Nina Dreisbach

- Bericht des Innenministers -

Mit freundlichem Gruß

1. Fax an IM (K. Minick)
2. An alle Mitgl. des RIVV  
+ Refer + Ref. I.2
3. Zur TO 13.02. (TOP 2)
4. Wv.

28.01.03





**Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP**

**Abschnitt II**

**Abbau überzogener Standards und überflüssiger Regelungen**

**§ 4**

**Erfassen, Prüfen, Entscheiden, Mitwirkung Dritter**

*In Absatz 1 wird "31. Dezember 2004" ersetzt durch "30. April 2005".*

**§ 5**

**Zeitrahmen**

*In Nr. 1 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. Dezember 2003".*

*In Nr. 2 wird "31. März 2003" ersetzt durch "30. September 2004".*

*In Nr. 3 wird "31. Dezember 2003" ersetzt durch "31. März 2005".*

**Abschnitt III**

**Weitere Maßnahmen, globale Zielvorgaben**

**§ 6**

**Weitere Maßnahmen der Landesregierung**

*In Absatz 1 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. Dezember 2003".*

**§ 7**

**Weitere Maßnahmen für die Kommunale Selbstverwaltung**

*In Nr. 1 wird "31. Dezember 2001" ersetzt durch "30. September 2003".*

*In Nr. 2 wird "30. Juni 2002" ersetzt durch "31. März 2004".*

*In Nr. 3 wird "31. Dezember 2001" ersetzt durch "30. September 2003".*